



Protokoll der 29. Sitzung des Einwohnerrates

vom 24. September 2003, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Adolf Fluri, Paul Lüscher, Ulrich Martin, Hanspeter Mohler, Pascal Porchet
Stadtrat: Regula Gysin, Lukas Ott

Traktanden	Laufnummer
1. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Bahnhofgebiet-Entwicklung, Konzept "Eurocity", Quartierplanerarbeitung <i>://: Anträgen der BPK zugestimmt</i>	03/142
2. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Genereller Entwässerungsplan (GEP) <i>://: Zur Kenntnis genommen und Zusatzantrag erteilt</i>	03/138
3. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Teilnahme an der Kampagne „Car free day“ oder „In die Stadt - ohne mein Auto!“ vom 22. September 2003 <i>://: Postulat als erledigt abgeschrieben</i>	02/101
4. Zwischenbericht des Stadtrates zur Motion von Pascal Porchet betreffend Reduktion von OeWA-Zonen (Zone für öffentliche Werke und Anlagen) <i>://: Zwischenbericht zur Kenntnis genommen</i>	02/117
5. Bericht des Stadtrates zur Motion von Pascal Porchet und Andreas Zbinden namens der FDP-Fraktion betreffend zukünftige Organisation und finanzielle Abgeltung der Stadträte <i>://: An GoR überwiesen</i>	02/97
6. Verfahrenspostulat von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion für ein erheblich reduziertes, symbolisches Sitzungsgeld <i>://: Überweisung abgelehnt</i>	03/148

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen September-Einwohnerratssitzung.

Mitteilung des Ratspräsidenten

- Aus rechtlichen Gründen dürfen die Protokolle der Einwohnerratssitzungen erst nach deren Genehmigung auf der Homepage der Stadt Liestal veröffentlicht werden. Diejenigen Ratsmitglieder, welche auf den Versand in Papierform verzichtet haben, erhalten die nicht genehmigten Protokolle künftig am Versandtag per E-Mail zur Einsicht. Die Vorlagen erhalten weiterhin alle Ratsmitglieder, trotz Veröffentlichung auf der Homepage, in Papierform.
- Der Terminplan 2004 und die aktualisierten Adress- und Kommissionslisten liegen auf.
- Von Stadträtin Regula Gysin liegt für alle Ratsmitglieder eine Einladung zum Anlass "Liestal beflügelt" auf.
- Ratsschreiber Martin Schneider hat per Ende Jahr sein Arbeitsverhältnis mit der Stadt Liestal gekündigt. Um allfällige Spekulationen über die Gründe zu vermeiden, wird das Kündigungsschreiben verlesen.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsident Marc Lüthi informiert über die neu geschaffenen Weisungen betreffend Corporate Governance. Die Vorgeschichte des Geschäfts ist bekannt, im Zusammenhang mit einzelnen Ausgliederungen und auch den Problemen beim Engel-Neubau hatte der Stadtrat versprochen, sich das Thema zu überlegen und Pflichtenhefte für ein Reporting zu erarbeiten. Diese wurden nun unter dem Stichwort "Corporate Governance" verabschiedet. Der Begriff definiert sich wie folgt: "Gesamtheit derjenigen Aktivitäten, welche auf eine verantwortungsvolle und glaubhafte Unternehmensführung/-überwachung als Beitrag (nicht Garantie) zu einer erfolgreichen Unternehmensentwicklung gerichtet sind." Das Ziel war, bei allen Geschäftsbeziehungen die Sachrisiken zu erkennen und zu bewirtschaften, diese in den Gesamtzusammenhang der Gemeinde zu stellen, eine klare Aufteilung der Kompetenzen zwischen Stadtrat und Mandatierten vorzunehmen und unzumutbare Interessenkollisionen zu vermeiden. Die Mittel zur Erreichung dieser Ziele sind das Abschliessen von Mandatsverträgen mit Instruktionen, die Regelung der Informationspflicht der MandatsträgerInnen, das Erteilen von Leistungsaufträgen und die periodische Bewertung der Agenturen durch den Stadtverwalter in Zusammenarbeit mit den sachlich zuständigen Bereichen (Rating entlang vorgegebener Kriterien). Die Umsetzung läuft nun an und wird einige Zeit in Anspruch nehmen.
- Stadtrat Ruedi Riesen informiert zur Aufarbeitung des Katasters. Die Katasterrevision war seit drei Jahren hängig und erwies sich als langer Weg mit etlichen Schwierigkeiten. Es waren 6'500 Parzellen zu erfassen. Das Ziel war, das Kataster neu aufzuarbeiten und benutzerfreundlicher zu machen, einen raschen Zugriff auf die Daten und eine saubere Archivierung zu erreichen. Folgendes wurde erreicht: Die fehlenden Unterlagen konnten beschafft und die nötigen Anpassungen vorgenommen werden. Von 98 % der Parzellen wurden die Kata

sterauszüge an die betroffenen GrundstücksbesitzerInnen, an die Steuerverwaltung und an das Grundbuchamt gesandt. Es ist beabsichtigt, den Rest bis Ende Jahr aufzuarbeiten. Der Stadtrat dankt den Herren Fässli und Ziegler, welche die Aufarbeitung hauptsächlich erledigten. Die Betreuung des Katasters wird aktuell mit 40 Stellenprozenten in der Abteilung Einwohnerdienste sichergestellt. Beim Kanton laufen Diskussionen über eine zentrale Datenbank und den Bezug der Daten durch die Gemeinden via Intranet. Der Stadtrat wird diese Entwicklung verfolgen und ist grundsätzlich an einer Steuerung durch den Kanton interessiert. Er überlegte sich auch, ob das Kataster allenfalls beim Stadtbauamt anzusiedeln wäre, da dieses der Hauptanwender ist. Hier wird vorerst aber die Fusion der Bereiche Zentrale Dienste und Finanzen und deren strukturelle Auswirkung abgewartet.

Als **Stimmzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Elisabeth Augstburger
- Luzia Kilchmann
- Adrian Mächler

Traktandenliste

- Als zusätzliches Geschäft liegt der Bericht des Stadtrates betreffend Gemeindeordnung: Teilrevision - Umsetzung des kantonalen Bildungsgesetzes vom 06.06.2002 hinsichtlich Organisation und Wahl der Behörden (Nr. 03/151) vor, mit dem Antrag, den Bericht an die Spezialkommission GoR zu überweisen. Das Geschäft wird am Anfang der Sitzung behandelt.
- Weiter wurde von Werner Spinnler eine dringliche Interpellation betreffend Legionellen im Wasser der Turnhallen im Rotackerschulhaus (Nr. 03/149) eingereicht. ://: Der Dringlichkeit wird mit grossem Mehr zugestimmt.

Weitere Änderungen der Traktandenliste werden nicht gewünscht.

Neue persönliche Vorstösse

- Dringliche Interpellation von Werner Spinnler betreffend Legionellen im Wasser der Turnhallen im Rotackerschulhaus (Nr. 03/149)
- Postulat von Astrid Basler zur Prüfung Ausgestaltung Rathausstrasse und Zeughausplatz (Nr. 03/150)

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 20. August 2003

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

260 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

1. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Bahnhofgebiet-Entwicklung, Konzept "Eurocity", Quartierplanerarbeitung (Nr. 03/142)

Im Herbst 2002 wählte die Jury als Siegerprojekt eines städtebaulichen Wettbewerbes für das erweiterte Bahnhofgebiet das Projekt "Eurocity" des Teams Christ & Gantenbein. Nach einstimmiger Meinung der Jury erfüllt dieses Projekt die gestellten Anforderungen in überzeugender Weise. Das städtebauliche Konzept von "Eurocity" nimmt die heterogenen Strukturen des Bahnhofgebietes auf und verstärkt mit differenzierten Massnahmen die bestehenden unterschiedlichen Quartierformen.

Der Stadtrat ist zusammen mit dem Kanton, der SBB und der Kantonalbank überzeugt, dass mit dem städtebaulichen Konzept von "Eurocity" eine hervorragende Grundlage für die Entwicklung des Bahnhofgebietes vorliegt. Entsprechend den Wettbewerbsbedingungen haben die Bauten gemäss Konzept keinen Einfluss auf die Entscheidung über die Niveaulage der Bahn 2000.

Nach der Kenntnisaufnahme des Konzeptes des Siegerprojektes durch den Einwohnerrat soll das Wettbewerbsresultat mittels einzelnen Quartierplänen umgesetzt werden. Als erste Etappe der Umsetzung ist ein Erweiterungsbau für die Kantonalbank vorgesehen, unter Einbezug eines Teiles des Bushofes und der Gestaltung des Bibliothekplatzes.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat nimmt vom städtebaulichen Konzept des Wettbewerbs-Siegerprojektes "Eurocity" Kenntnis.
2. Der Einwohnerrat stimmt der Grundlage des vorliegenden Konzeptes der Erarbeitung eines Quartierplanes zu, der die Überbauung der Parzellen 892 und 893 ermöglicht.

Die Bau- und Planungskommission hat die Vorlage in mehreren Sitzungen vorberaten und stellt folgende, teilweise weitergehende Anträge:

1. Der Einwohnerrat nimmt vom städtebaulichen Konzept des Wettbewerbs-Siegerprojektes "Eurocity" Kenntnis.
 2. Der Einwohnerrat stimmt auf der Grundlage des vorliegenden Konzeptes der Erarbeitung eines Quartierplanes zu, der die Überbauung der Parzellen 892 und 893 ermöglicht.
 3. Der Perimeter des Quartierplanes für den Neubau der Kantonalbank auf den Parzellen 892 und 893 soll so weit vergrössert werden, dass der Busbahnhof, der Bibliotheksplatz und allenfalls das Areal „Nelson Pub“, darin eingeschlossen sind.
 4. Der Stadtrat wird beauftragt, bei allen Planungs- und Umsetzungsschritten für das Konzept "Eurocity" der Schaffung von öffentlichem Parkraum besondere Priorität einzuräumen.
-

BPK-Präsident Hans Brodbeck (FDP) erklärt, das Projekt "Eurocity" sei in der Vorlage des Stadtrates dokumentiert und weiter sei der Einwohnerrat direkt vom Planer informiert worden. Das Projekt sei damit bekannt. Die BPK sei sich bewusst gewesen, dass sich zuvor schon diverse Fachleute damit beschäftigt und das Siegerprojekt aus einer grösseren Zahl von Projekten ausgewählt hätten. Beim Bahnhofgebiet handle es sich um ein grosses Gebiet, das schon vor 50 Jahren brachgelegen sei. Bestechend am Projekt "Eurocity" und wichtig für Liestal sei, dass dieses sowohl bei der jetzigen Linienführung der Bahn als auch bei den beiden zur Diskussion stehenden Varianten à Niveau- oder Tieflage realisiert werden könne. Wichtig sei auch, den Zeitplan des ganzen Projekts zu betrachten. Momentan werde die neue Kantonsbibliothek realisiert und die Kantonalbank wolle in den nächsten zwei Jahren ihren Bau beginnen. Für den Rest gebe es noch keinen Zeitplan. Er hoffe, dass der Busbahnhof in den nächsten fünf bis zehn Jahren realisiert werde. Es gehe hier aber sicher um einen Entscheid für die nächste Generation.

Bei den Anträgen der BPK seien 1 und 2 identisch mit denjenigen des Stadtrates. Antrag 3 sei ein Vorschlag, den Perimeter des Quartierplans zu vergrössern, so dass der Busbahnhof und der Platz vor der Bibliothek integriert werden könnten. Der Busbahnhof bilde eine Einheit und gehöre in den gleichen Quartierplan. Beim Antrag 4 gehe es um Parkplätze. Die BPK habe festgestellt, dass der Bahnhof eine "Umsteigemaschine" sei und auch künftig neben dem Busbahnhof auch grossen Individualverkehr haben werde. Es gebe heute schon wenig Parkplätze und das Angebot werde mit dem Bau weiter verringert. Deshalb wolle die BPK mit ihrem Antrag auf das Problem aufmerksam machen. Er bitte den Rat um Zustimmung zu den Anträgen der Kommission.

Stadtrat Heiner Karrer versichert, der Stadtrat sei mit den Zusatzanträgen einverstanden. Zwischenzeitlich habe man sich mit dem Kanton und der Kantonalbank über den Perimeter geeinigt. Die kantonalen Stellen seien bereit, auch die Bibliothek und andere Gebiete zu integrieren. Zum Antrag 4 habe man sich geeinigt, dass nach der Verkehrsplanung sofort die Parkplatzplanung beginnen solle. Der Stadtrat werde dafür sorgen, dass im Bereich Bahnhof und Kantonalbank möglichst viele Parkplätze entstünden.

Von der SVP/CVP/EVP-Fraktion liegt folgender Ergänzungsantrag zum Antrag 4 vor: „Die Parkplätze in der Allee dürfen nur durch Parkplätze in Zentrumsnähe ersetzt werden.“

Adrian Mächler (FDP) äussert, seine Fraktion nehme vom Bericht Kenntnis und stimme den Anträgen der BPK zu. Sie würde aber eine zusätzliche Aussage in die Richtung, dass unabhängig von der Entwicklung der Bahn 2000 nun etwas geschehen müsse, wünschen.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) votiert, das Projekt beinhalte viele positive Aspekte. Sie sehe es auch so wie die BPK, dass es um einen Entscheid für kommende Generationen gehe. Persönlich begreife sie die Lage der Wohntürme nicht. Diese seien viel zu hoch, höher als die Hochhäuser in der Weiermatt und würden nicht in eine Senke gestellt. Das Stadtbild werde dadurch überdeckt und verschandelt. Zudem sei dies keine attraktive Wohnlage. Sie frage sich, ob es nicht besser wäre, hier eine Gewerbezone mit Gleisanschlüssen zu planen. Weitere offene Fragen seien für ihre Fraktion wie die Forderung nach der Anbindung des Stedtlis sichergestellt werde und welche finanziellen Auswirkungen die Projektierung für die

Stadt Liestal mit sich bringe. Der Ergänzungsantrag sei entstanden, weil das Projekt die Aufhebung der Parkplätze in der Allee vorsehe. Diese seien für das Stedtli aber von grösster Bedeutung. Deshalb müsse ein vergleichbarer Ersatz geschaffen werden, was mit dem Ergänzungsantrag gefordert werde. Den restlichen Anträgen der BPK stimme ihre Fraktion zu.

Franz Kaufmann (SP) betont, eine der Stärken des Projekts sei die etappenweise Realisierbarkeit. Ein erster Schritt sei mit dem Bau der Kantonsbibliothek getan. Heute gehe es darum, für die Überbauung der Parzellen der Kantonalbank grünes Licht zu geben. Seine Fraktion stimme den Anträgen zu und unterstütze das Projekt "Eurocity". Zu den Zusatzanträgen sei er der Ansicht, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll sei, in Details zu Parkplätzen und Hochhäusern zu gehen. Diese Fragen seien Gegenstand der detaillierten Quartierplanung und mit deren Unterbreitung im Einwohnerrat zu diskutieren. Der Stadtrat solle in den Verhandlungen mit dem Kanton so offen bleiben, dass Parkplätze dort realisiert würden, wo dies möglich sei. Er stimme dem Antrag 4 zu, sei aber skeptisch beim Ergänzungsantrag, da dieser zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn mache.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) erklärt, ihre Fraktion stimme den Anträgen zu, auch dem Antrag 4, da gerade in Bahnhofsnähe die Möglichkeit von Park and Ride gut sei. Sie stelle aber den Zusatzantrag (4.5.) "Der Stadtrat wird beauftragt, bei den nächsten Planungsschritten die Realisierung einer bewachten Velostation zu überprüfen." Früher habe es am Bahnhof eine sehr attraktive Möglichkeit mit einem bewachten Raum gegeben. Diese bestehe heute nicht mehr, weshalb ihr Antrag erfolge. Der Betrieb mit einem Leistungsauftrag sei möglich. Weiter beschäftige sie die Frage, ob es schon Investoren für die Bauten, die nun mit dem Quartierplan zu erstellen seien, gebe.

Daniel Schwörer (FDP) führt aus, die FDP-Fraktion unterstütze die BPK-Anträge. Persönlich sei er aber gegen sämtliche unterbreiteten Zusatzanträge. Die Begründung habe Franz Kaufmann geliefert, das Verlieren in Details. Die politische Bedeutung des Geschäfts sei, dass der Stadtrat vom Einwohnerrat ein klares Ja erhalte, um auf dieser Basis weiterzubauen. Deshalb bitte er darum, sämtliche Zusatzanträge abzulehnen.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, er könne zu beiden Anträgen inhaltlich Ja sagen. Es sei klar, dass die Allee nicht ersatzlos gestrichen werden dürfe und es weitere Parkplätze in Zentrumsnähe brauche, die vorzugsweise unten im Stedtli, zusammen mit dem Kanton und weiteren Investoren realisiert werden sollten. Wenn ein gutes Parkhaus entstehe, dann könne man vielleicht die Parkplätze in der Allee streichen, aber der Antrag sei so nicht nötig. Ebenfalls klar sei die Notwendigkeit einer guten Versorgung aller Verkehrsteilnehmer, auch der Velofahrer. Man dürfe aber nicht verwässern, was heute zu beschliessen sei. Heute gehe es erst um eine Bestätigung der Vision. Die Jury habe die Türme toll gefunden. Diese wären nicht eine Verschandlung, sondern Bereicherung. Er werde sie verteidigen, aber erst im Rahmen der Diskussion des Quartierplans. Heute gehe es darum, der Vision zuzustimmen. Beim Antrag 2 gehe es um die Zustimmung zu Parzellen, welche die Kantonalbank schon lange bebauen wolle. Hier sei der Investor vorhanden, deshalb gehe es darum, grünes Licht zu geben. Er plädiere dafür, ein positives Klima zu schaffen und nicht schon von Verschandlung zu reden. Weiter sei in Liestal Gewerbeland nicht so begehrt. Es sei etliches vorhanden, das schon lange nicht genutzt werde. Die Ent

wicklung des Gewerbes sei wichtig, es sei aber nicht wahr, dass die Entwicklung des Gewerbes in Liestal blockiert werde. Für das Gebiet Bahnhof müsse aber die profitabelste Nutzung gewählt werden und dies sei die Schaffung von Wohnraum. Er wäre dankbar für eine Zustimmung mit vollem Herzen.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) betont, sie habe lediglich einen Antrag gestellt. Die Aussage zu den Wohntürmen sei ihre persönliche Meinung und der Ersatz sei eine Anregung gewesen. Sie nehme die Antwort von Heiner Karrer zu ihrem Ergänzungsantrag zur Kenntnis. Wenn diese Aussage stimme, dann wäre die Zustimmung zum Ergänzungsantrag allerdings kein Problem, da dieser die gleiche Absicht formuliere. Für das Gewerbe und die Läden im Stedtl wäre ein Ersatz jenseits der Geleise keine Alternative.

Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) stellt folgenden Zusatzantrag (4.6.): "Der Stadtrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit Kanton und Kantonalbank aktiv InvestorInnen für die Erstellung von neuen Wohn- und Geschäftsbauten beim Bahnhof zu suchen und dem Einwohnerrat regelmässig Bericht zu erstatten." Es sei wichtig, den Quartierplan und auch die Realisierung schnell voran zu treiben.

Adrian Mächler (FDP) bittet darum, jetzt die Gesamtschau zu behalten und sich nicht in Details zu verstricken. Die Details seien alle mit dem Quartierplan zu diskutieren und dieser werde dem Einwohnerrat unterbreitet. Man müsse heute auf der grossen Ebene bleiben. In seiner Fraktion habe man bereits über die Richtigkeit des Antrags 4 diskutiert. Er bitte hier um die nötige Vernunft.

://: Der Ergänzungsantrag der SVP/CVP/EVP-Fraktion zu Antrag 4 der BPK wird mit 9 zu 24 Stimmen abgelehnt.

Der Zusatzantrag 4.5. von Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) wird mit 9 zu 19 Stimmen abgelehnt.

Der Zusatzantrag 4.6. von Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) wird mit 14 zu 16 Stimmen abgelehnt.

Anträge der BPK:

1. Der Einwohnerrat nimmt einstimmig bei 1 Enthaltung vom städtebaulichen Konzept des Wettbewerbs-Siegerprojektes "Eurocity" Kenntnis.
2. Der Einwohnerrat stimmt einstimmig auf der Grundlage des vorliegenden Konzeptes der Erarbeitung eines Quartierplanes zu, der die Überbauung der Parzellen 892 und 893 ermöglicht.
3. Der Perimeter des Quartierplanes für den Neubau der Kantonalbank auf den Parzellen 892 und 893 soll so weit vergrössert werden, dass der Busbahnhof, der Bibliotheksplatz und allenfalls das Areal „Nelson Pub“, darin eingeschlossen sind (einstimmige Zustimmung).
4. Der Stadtrat wird grossmehrheitlich, bei 1 Gegenstimme beauftragt, bei allen Planungs- und Umsetzungsschritten für das Konzept "Eurocity" der Schaffung von öffentlichem Parkraum besondere Priorität einzuräumen.

261 K.1.1.3. Kanalisation: Generelles Kanalisationsprojekt, GKP

2. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Genereller Entwässerungsplan (GEP) (Nr. 03/138)

Mit dem Generellen Entwässerungsplan (GEP) soll das Leitinstrument für die Siedlungsentwässerung in Liestal für die kommenden Jahrzehnte geschaffen werden. Die letzte Gesamtplanung (GKP) wurde im Jahr 1975 durchgeführt. Diese Planung musste aufgrund des Fehlens einer Vollzugsgrundlage für die neue Gewässerschutzgesetzgebung, den bestehenden Kapazitätsproblemen im Entwässerungsnetz und als Planungsgrundlage für Neuüberbauungen dringend überarbeitet und der aktuellen Situation in der Stadt Liestal angepasst werden. Der GEP löst somit das bisherige Generelle Kanalisationsprojekt (GKP) aus dem Jahr 1975 ab.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Generelle Entwässerungsplan (GEP) wird genehmigt.

Die Bau- und Planungskommission hat die Vorlage in mehreren Sitzungen detailliert beraten und schliesst sich dem Antrag des Stadtrates einstimmig an.

BPK-Präsident Hans Brodbeck (FDP) führt aus, wenn von GEP geredet werde, dann sei damit das Fassen und Ableiten von Abwasser und Sauberwasser gemeint. Regenwasser bringe ziemliche Probleme mit sich, sowohl wenn zu viel als auch zu wenig davon vorhanden sei. Der Einwohnerrat habe 1996 den Kredit für die Planung des GEP gesprochen und nun liege ein umfangreiches Projekt vor. Dieses sei die Grundlage für die künftige Entwässerung des Siedlungsgebiets. Die Vorlage enthalte auf Seite 4 eine Liste mit Veränderungen, die in den nächsten Jahren vorgesehen seien. Die Kosten dafür seien und blieben hoch. Die BPK meine aber, dass die Umsetzung zahlbar sei. Weiter sei der Planungshorizont von über 10 Jahren ungenau und die Konsequenzen des neuen Wasserschutzgesetzes könnten noch nicht klar abgeschätzt werden. Der Stadtrat sage, dass das Anschliessen im Trennsystem erst bei Um- und Neubauten vorgeschrieben werde. Die gleiche Regelung gelte beim Sickerwasser. Hier seien wahrscheinlich auch die rechtlichen Grundlagen noch ausstehend. Die BPK habe die Vorlage aber vor allem planerisch betrachtet und weniger von der rechtlichen Seite. Er bitte um die Zustimmung zu diesem Geschäft.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Daniel Schwörer (FDP) erklärt, seine Fraktion sei einstimmig der Auffassung, dass hier ein Planwerk mit dem Prädikat gut vorliege. Es stecke ein grosser Aufwand dahinter, der letztendlich dem Umweltschutz zugute komme. Ziel davon sei die Sicherung der Wasserqualität in Flüssen und Bächen und eine Entlastung der Kläranlagen durch separates Abführen des Regenwassers. Das Planwerk sei technisch sehr gut. Finanziell und rechtlich gebe es aber ein Haar in der Suppe. In der Vorlage auf Seite 5 seien die Massnahmen für Private aufgezeigt. Der Vollzug solle nur bei Um- und Neubauten erfolgen. Die BPK nehme diesen Aspekt unter 2.3. auf. Nun stelle sich aber die Frage, wo dies vorgeschrieben und wo die reglementarische Grundlage dazu sei. Das Abwasserreglement müsse entsprechend angepasst wer

den. In der Praxis sei es schwierig, was das entscheidrelevante Mass sei und welcher Umfang von Umbauten zur Trennung verpflichte. Dies könne massive Folgen bei Um- und Neubauten haben und deshalb müsse die rechtliche Klarheit noch erstellt werden. Sonst laufe die Stadt Gefahr, sich in Rechtshändel mit Grundeigentümern zu verstricken. Deshalb stelle er namens der FDP folgende Anträge:

1. Vom Generellen Entwässerungsplan wird Kenntnis genommen. Bis zur Rechtskraft des an den GEP angepassten Abwasserreglements entfaltet der GEP keine Rechtswirkungen.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Einwohnerrat ein an den GEP angepasstes Abwasserreglement zur Beschlussfassung vorzulegen.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt zum Antrag der FDP, die Problematik sei von Daniel Schwörer korrekt dargestellt worden. Nicht korrekt sei, dass der Stadtrat mit bestehendem Abwasserreglement weiterfahren wolle. Dies habe Daniel Schwörer zwar nicht gesagt, jedoch sei der Eindruck entstanden. Der Stadtrat wolle aber grundsätzlich ein neues Reglement, habe die Arbeit aber bis zur kantonalen Abstimmung ausgestellt, damit das neue Reglement an das übergeordnete Recht angepasst werden könne. Mit dem zweiten Antrag sei er völlig einverstanden. Der Stadtrat habe die Erarbeitung des Reglements in die Jahresplanung für das nächste Jahr integriert. Den Antrag 1 könne er aber nicht gutheissen. Eine Kenntnissnahme mache wenig Sinn. Die Plangrundlagen könnten genehmigt und so verabschiedet werden. Zudem sei im Bericht der BPK enthalten, dass die Stadt für die Planung nach Genehmigung des GEP durch den Regierungsrat CHF 160'000.- zugut habe. Die Kenntnissnahme verzögere die Inanspruchnahme dieses Betrages. Der Stadtrat beabsichtige nicht, Betroffene zu quälen, sondern wolle vorab saubere Rechtsgrundlagen, dies sei selbstverständlich. Deshalb plädiere er dafür, den GEP heute zu genehmigen und dem zweiten Antrag der FDP zuzustimmen.

Elisabeth Weber (SVP/CVP/EVP) erklärt, ihre Fraktion habe vorgehabt, den GEP gutzuheissen, werde nun aber die Anträge der FDP-Fraktion unterstützen.

Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler) führt aus, Idee und Konzept des GEP seien gut. Klärungsbedarf bestehe aber bei den als Reserve ausgewiesenen CHF 5,5 Mio. und den jährlichen Einnahmen von rund CHF 0,8 Mio. Es sei nicht klar, ob diese jährlichen Einnahmen nicht einige Jahre ausbleiben.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, wenn jemand baue, dann machten die Anschlussgebühren einen bestimmten Prozentsatz der Bausumme aus. Diese Gebühren würden erhoben, um die effektiven Anschlusskosten zu decken und das Leitungsnetz in seiner Existenz zu sichern. In dieser Gebühreneinlage seien aktuell CHF 5,5 Mio. als Reserve vorhanden. Eine Garantie, dass jährliche Einnahmen von CHF 0,8 Mio. resultieren, sei aber nicht gegeben. Dies sei lediglich der Durchschnittswert der letzten Jahre.

Walter Gudenrath (SP) beurteilt den GEP als tolles und sehr umfassendes Werk, das nicht nur technisch hervorragend sei. Seine Fraktion stimme für die Genehmigung, damit der Regierungsrat die Erhaltung vornehmen könne. Sonst bleibe das Werk liegen. An der Situation ändere sich nichts, ausser dass Liestal das Geld bekomme, oder dessen Inanspruchnahme hinausschiebe. Dies gelte es abzuwägen.

Daniel Schwörer (FDP) dankt Heiner Karrer für die Unterstützung des Antrags 2. Er wolle aber noch die Vorstellung klären, was eine Kenntnisnahme bewirke. Politisch sei das Geschäft damit nicht dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitbar. Die Genehmigung werde bei Vorliegen des Reglements erteilt. Weiter weise er auf das kantonale Dekret über den GEP, Par.4, Abs.1b. hin, das besage, dass der GEP alle Angabe enthalte, die erforderlich seien für die Erteilung von Bewilligungen zum Anschluss an die öffentliche Kanalisation. Der vorliegende GEP enthalte diese Bedingung aber nicht, da diese erst im Reglement enthalten sein würden. Das Werk sei gut, aber noch nicht vollständig. Ein verbindliches Ja könne der Rat erst dem vollständigen Werk geben und dann auch das Geld einholen. Der Stadtrat könne das Reglement zügig überarbeiten. Er sei sich bewusst, dass rechtliche Argumente in einem politischen Gremium den Vorwurf von formaljuristischem Denken hervorrufen. Man dürfe dies aber nicht als Killerargument brauchen. Er wolle auch nicht der Verwaltung einen Mangel unterschieben, aber so sei das Werk nicht vollständig und es bestehe die Gefahr von Ungleichheiten bei der Behandlung der Einwohnerschaft. Er bitte deshalb um die Kenntnisnahme. Es liege eine gute Arbeit vor, die jetzt aber noch zu vervollständigen sei. Dies sei man den Grundeigentümern schuldig.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, die Stadt habe heute ein Abwasserreglement, das als Rechtsgrundlage diene. Dieses habe kürzlich in einem grossen Prozess standgehalten. Im übrigen sage Par.6 von genanntem Dekret aus, dass der GEP behördenverbindlich sei. Par.4 sei ein technischer Hinweis. Hier habe die Stadt Liestal schon seit Jahren eine klare Regelung. Bei Neubauten werde es nicht plötzlich eine Freiwilligkeit geben. Die Totalrevision des Reglements werde eine anspruchsvolle Arbeit sein, dessen sei er sich bewusst. Besonders heikel werde sein, den Anreiz zur Realisierung des Trennsystems bei Umbauten zu schaffen und dabei die Leute nicht unter Druck zu setzen und nicht solche zu strafen, die in den letzten Jahren bereits freiwillig Trennsysteme realisiert hätten. Hier gebe es noch einiges aufzuarbeiten. Deshalb sei er froh, wenn der GEP heute verabschiedet werde und das Geld genutzt werden könne. Dies sei wesentlich.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass der Rat in Vergangenheit immer wieder zuerst Geschäfte und danach die dazu gehörenden Reglemente genehmigte, z.B. im Bereich Bildung.

Bernhard Fröhlich (FDP) warnt davor, diesen Fehler wiederum zu machen. Die vorliegende planerische Leistung sei einwandfrei, dürfe aber nicht genehmigt werden. Das Gesetz über den Gewässerschutz existiere seit 1995. Der Kanton habe den Gemeinden zehn Jahre Zeit zur Umsetzung gegeben. Heute seien davon neun Jahre vergangen. Gleichzeitig habe der Kanton damals den Auftrag zur Schaffung neuer Reglemente erteilt. Liestal habe seither nichts gemacht. 1997 sei ein Projekt von Kanton und BGV zum Erstellen eines Musterreglementes lanciert worden. Nun zu argumentieren, dass auf das neue Gesetz gewartet werden müsse, sei fast ironisch, heisse aber auch nicht, dass die heute gültigen Grundlagen anwendbar seien. Die Berechnungsgrundlagen seien auf dem jetzigen Reglement erstellt worden und dies ergebe allenfalls gravierende Auswirkungen. Er habe schon in früheren Diskussionen darauf hingewiesen, dass ein genaues Augenmerk darauf zu richten sei, dass keine Quersubventionierung statfinde. Und er habe auch klar gesagt, dass wahrscheinlich weniger Geld hereinkomme, wenn die Fläche als Berechnungsgrundlage zähle. Dann müssten die Wassergebühren erhöht werden. Es wäre fatal, das Konzept auf einer falschen Basis abzusegnen. Die neuen Grundlagen seien relativ rasch ermittelt

bar. Diese Grundlagen seien entscheidend, diese müssten sauber sein. Momentan hätten 30 Gemeinden einen bewilligten GEP und 58 noch keinen. Liestal sei also nicht bei den Letzten. Deshalb gelte es, sofort die Grundlagen aufgrund der neuen Berechnung zu erstellen, dann habe man die richtige Basis zur Genehmigung des GEP.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) erklärt, ihre persönliche Meinung sei, den Argumenten von Daniel Schwörer zu folgen. Der Grund dafür seien die Erfahrungen, von denen Paul Finkbeiner geredet habe. Damit habe sie in den letzten Jahren negative Erfahrungen gemacht, z.B. bei der GGA.

Walter Gudenrath (SP) votiert, Bernhard Fröhlich habe ausführlich über die Thematik des Reglements geredet. Für ihn sei aber die Kausalität zwischen Reglement und GEP nicht ersichtlich. Wenn der Rat den GEP heute nicht genehmige, dann werde der Stadt Liestal auf längere Sicht Geld vorenthalten. Das Abwasserreglement werde die GoR mit Sicherheit längere Zeit beschäftigen.

Bernhard Fröhlich (FDP) antwortet, Transparenz sei das Thema. Die Zahlen müssten auf der richtigen Rechtsgrundlage als Schätzwert basieren. Alles andere wäre nicht in Ordnung. Weiter wäre ein Reglement in der Verwaltung innert einer Woche erarbeitet. Der politische Prozess werde hoffentlich nicht ein bis zwei Jahre dauern. Es gehe ja nicht darum, das Rad neu zu erfinden.

Peter Rohrbach (SP) fragt nach den Argumenten des Stadtrats gegen ein Gesamtpaket an und warum man nicht den von Bernhard Fröhlich aufgezeigten Weg gehen wolle.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, es wäre tatsächlich möglich, einen Entwurf rasch zu erstellen. Die politischen Prozesse seien aber oft lang. Er sei auch mit Bernhard Fröhlich einig, dass nicht die Bautätigkeit künstlich verteuert werden dürfe. Die Stadt Liestal sei aber in den letzten zwei Jahren gut beraten gewesen, dass sie nicht ihr Reglement geändert habe. Sie habe damit in einem grossen Streitfall gewonnen. Er könne sich grundsätzlich beide Wege vorstellen. Es gehe einerseits um Prestige und andererseits um Geld. Die Weiterentwicklung des Kanalisationssystems werde weitergehen. Das neue Reglement würde ohnehin im nächsten Jahr kommen. Wenn der Rat heute nicht beschliesse, dann werde diese Arbeit intensiviert. Er bitte aber darum, nicht nur das Musterreglement zu betrachten, sondern auch die politischen Realisierungswünsche, damit dies nicht eine unendliche Arbeit werde.

- ://: 1. Vom Generellen Entwässerungsplan wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen. Bis zur Rechtskraft des an den GEP angepassten Abwasserreglements entfaltet der GEP keine Rechtswirkungen.
2. Der Stadtrat wird einstimmig beauftragt, dem Einwohnerrat ein an den GEP angepasstes Abwasserreglement zur Beschlussfassung vorzulegen.

262 V.1. Verkehr

3. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Teilnahme an der Kampagne "Car free day" oder "In die Stadt - ohne mein Auto!" vom 22. September 2003 (Nr. 02/101)

Am 24. Juni 2002 reichte Einwohnerrat Ernst Burkhardt ein Postulat betreffend einer Teilnahme der Stadt Liestal an der Kampagne "Car free day" oder "In die Stadt ohne mein Auto!" vom 22.09.2003 ein. An der Einwohnerratssitzung vom 25.09.2002 wurde das Postulat überwiesen. Gleichzeitig wurde aber seitens des Stadtrates darauf hingewiesen, dass die Verwaltung nur beschränkt mitarbeiten kann und deshalb die Mithilfe der Initianten unumgänglich ist.

Zu den ersten beiden Sitzungen hat das Stadtbauamt eingeladen. Das private Organisationskomitee der Veranstaltung hat sich dann sehr rasch aus dem Umfeld des Postulanten gebildet. Der Anlass wird am Samstag, 20. September 2003, im Stedtli unter dem Titel "Xunderwäx der Beitrag von Liestal zum Car free day" durchgeführt. Die Leistungen der Stadt durch die Betriebe erfolgen unentgeltlich. Es sind dies die Absperrungen, Signalisationen und Bereitstellung der Einrichtungen sowie deren Demontage unmittelbar nach der Veranstaltung. Das Stadtbauamt beteiligt sich am Anlass mit einer Standaktion für die geplante „Begegnungszone im Stedtli“.

Seitens der Stadt wird auf eine direkte Kostenbeteiligung in Form einer Geldspende verzichtet. Es wird aber auf eine Rechnungsstellung für alle Aufwendungen der Betriebe sowie für die Nutzung der Infrastruktur verzichtet. Geschätzt betragen diese Aufwendungen ca. CHF 8'000.00.

Aufgrund des heutigen Organisationsstandes wird am 20.09.2003 im Stedtli ein attraktiver Anlass im Sinne des Postulates stattfinden. Das Postulat ist somit erfüllt.

Der Antrag des Stadtrates lautet:
Das Postulat wird abgeschrieben.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) verliest eingangs der Diskussion zwei Briefe, die an ihn gelangten. Einerseits hat sich das Milchhüsli gemeldet, das im wesentlichen der Ansicht ist, "Xunderwäx" sei zwar gut gemeint, aber ein Flop, der zu Einbussen für die Geschäfte im Stedtli geführt habe. Andererseits hat sich eine auswärtige Privatperson beschwert, die regelmässig mit dem Auto nach Liestal zum Einkaufen kommt und diesmal im Zentrum abgewiesen wurde. Diese Person überlegt sich, ob sie weiter in Liestal einkaufen wolle.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) äussert, aus ihrer Sicht sei der "Car free day" ein Erfolg gewesen, kreativ und vielseitig. Sie danke allen, die sich dafür engagiert hätten. Die Absperrung für den Verkehr habe aber zu chaotischen Momenten geführt. Bei einer Neuauflage des Anlasses müsse das Gewerbe informiert werden. Weiter frage sie sich, wer den Sicherheitsdienst bezahlt habe. Ihre Fraktion sei aber für die Abschreibung des Postulats.

Ernst Burkhardt (SP) erklärt, mit dem Milchhüsli habe man von Anfang das Gespräch gesucht. Dieses sei aber mühsam verlaufen. Wenn jemand so kämpfe, dann könne

nicht die Sperrung des Verkehrs an einigen wenigen Tagen des Jahres die Ursache sein. Er sehe aber auch die Seite des Gewerbes. Trotzdem sei es schmerzhaft gewesen, dass viele Geschäfte, trotz frühzeitiger Information, nicht auf die Aktion eingegangen seien. Sie seien frühzeitig und sehr umfassend informiert worden. Einzelne hätten mitgemacht und auch profitiert. Diese könnten vielleicht auch anderes sagen, als aus den verlesenen Briefen hervorgegangen sei. Er habe den Anlass als Erfolg und Bereicherung, mit einzelnen Schwachpunkten, erlebt. Die Einbussen einzelner Geschäfte seien nachvollziehbar, aber diese würden andererseits auch wieder ausgeglichen, da solche Aktionen das Bild von Liestal fördern und es sympathisch machten. Man dürfe die Probleme des Gewerbes nicht an "Xunderwäx" aufhängen. Weiter habe der betroffene auswärtige Autofahrer den Sinn des "Car free day" schlicht nicht verstanden. Damit müsse gerechnet werden. Das OK werde nun Bilanz ziehen und die nötigen Konsequenzen für weitere Veranstaltungen daraus ableiten. Der Sicherheitsdienst sei im übrigen durch Sponsorengelder abgedeckt worden und nicht durch die Stadt.

Stadtrat Heiner Karrer bedauert, dass der Anlass zu solchen Briefen führte. Er bedaure auch die ideologische Verhärtung, die schon vor dem Anlass begonnen habe. Die Umsatzeinbussen seien nachvollziehbar. Der Stadtrat werde sich ernsthafte Gedanken darüber machen müssen, wie solche Anlässe künftig durchgeführt werden könnten. Liestal brauche belebende Anlässe. Diese müssten aber koordiniert werden, damit es nicht jedes Mal zu Konfrontationen komme. Diese seien auf Dauer ermüdend und demotivierend für die Leute, die sich engagierten. Die Anlässe sollten eine Bereicherung sein. Man habe aber schon bei anderen Anlässen solche Ablehnung erlebt. Beide Interessen müssten jedoch unter einen Hut gebracht werden. Dies brauche eine entschiedenere politische Führung.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) erklärt, ihre Fraktion stimme ebenfalls der Abschreibung des Postulats zu. Für sie als OK-Mitglied sei der Anlass aus kultureller Sicht sehr erfolgreich gewesen. Es sei nicht einfach ein links-grüner Anlass gewesen, sondern es habe eine Vernetzung von vielen verschiedenen Organisationen und Leuten stattgefunden. Die Aktion sei ein grosser Gewinn für die Beteiligten und für Liestal gewesen. Die ökonomische Seite sei, dass einige Geschäfte weniger Umsatz erzielt hätten. Diesen seien aber eingeladen worden, sich an dem Anlass zu beteiligen. Sie hätte auch einen Brief mitbringen können von einem Geschäft, das seinen Umsatz an diesem Tag massiv gesteigert habe. Daraus könne man lernen, dass mit den Leuten individuell geredet werden müsse. Es sei wichtig, dass keine Fronten aufgebaut würden.

://: Das Postulat wird einstimmig abgeschrieben.

263 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

4. Zwischenbericht des Stadtrates zur Motion von Pascal Porchet betreffend Reduktion der OeWA-Zonen (Zone für öffentliche Werke und Anlagen) (Nr. 02/117)

Mit Schreiben vom 11. November 2002 hat Einwohnerrat Pascal Porchet eine Motion für eine Reduktion der OeWA-Zonen (Zonen für öffentliche Werke und Anlagen) eingereicht. Er hat den Stadtrat beauftragt, mit dem Kanton eine signifikante Reduktion der vom Kanton beanspruchten OeWA-Zonen auszuhandeln und dem Einwohnerrat die entsprechenden Zonenplanänderungen zum Beschluss zu unterbreiten. An der Sitzung des Einwohnerrates vom 11. Dezember 2002 wurde die Motion (Geschäft Nr. 02/117) einstimmig an den Stadtrat überwiesen. Auf Antrag der SP-Fraktion wurden folgende Ergänzungen beschlossen:

- Die OeWA-Flächen der Gemeinde müssen ebenfalls zur Diskussion gestellt werden.
- Der Stadtrat soll bei der Nutzung der allenfalls frei werdenden OeWA-Flächen so weit als möglich aktiv mitgestalten. Insbesondere sollen Aspekte des umweltgerechten und nachhaltigen Bauens mit einbezogen werden.

Im Mai 2003 wurde mit der Revision des Zonenplanes Siedlung ausserhalb dem Teilzonenplan Zentrum begonnen. Das Planungsbüro Hesse+Schwarze+Partner, Zürich, und eine fachliche Begleitgruppe wird die Planung der Stadt Liestal nun während rund zweieinhalb Jahren begleiten. Die erste Phase der etwa zehn Monate umfassenden Arbeit des Planungsbüros besteht darin, eine Grundlage zu schaffen, die es dem Stadtrat ermöglicht, die benötigten gesetzlichen Planungsinstrumente zu schaffen. Hierfür werden die aktuellen Verhältnisse überprüft, Problemzonen, Engpässe und Bedarf für Umzonungen erfasst, aber auch allfällige Schutzanliegen (Ortsbild, Frei- und Erholungsräume, ökologische Aufwertung im Siedlungsraum usw.) geprüft.

Als Grundlage dazu dient der Entwicklungsplan 95 mit seinen 18 Entwicklungsstrategien. Aus dem Massnahmenbericht wurden die 11 raumplanerischen und 5 verkehrstechnischen Themen aufgenommen. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf das Thema 8 „Gebiete für öffentliche Aufgaben“ (OeWA-Zonen) gerichtet.

Es ist vorgesehen, im Frühjahr 2004 die politischen Parteien sowie weitere betroffene Organisationen und Private direkt zu kontaktieren und um ihre Meinung zu bitten. Das offizielle, öffentliche Mitwirkungsverfahren ist Ende 2004 vorgesehen.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Vom Zwischenbericht wird Kenntnis genommen.

Werner Spinnler (FDP) äussert, im vorliegenden Zwischenbericht werde aufgezeigt, was bisher gemacht worden sei. Die FDP-Fraktion sei der Meinung, dass der Stadtrat hier auf gutem Weg sei und auch Transparenz schaffen wolle und nehme den Zwischenbericht positiv zur Kenntnis.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) erklärt, seine Fraktion unterstütze die Kenntnisnahme einstimmig und danke dafür, dass dieses heikle Thema aufgegriffen worden sei. Man warte nun gespannt auf die Vernehmlassungsvorschläge und das Mitwirkungsverfahren. Ihm sei klar, dass hier keine Schnellschüsse möglich seien. Trotzdem erwarte er vom Stadtrat, dass dieser die gesetzten Termine einhalte und die Umsetzung schon relativ bald beginne. Weiter würde ihn, angesichts der Brisanz des Themas, die Zusammensetzung der Begleitgruppe interessieren.

Franz Kaufmann (SP) sichert ebenfalls die zustimmende Kenntnisnahme seiner Fraktion zu. Er zitiert eine Aussage aus dem Leitbild für Liestal von 1992, das die Problematik der OeWA-Zonen verdeutlicht und erklärt, diese Erkenntnis habe man schon damals gehabt und erst jetzt bestehe eine Aussicht auf Besserung. Er leide unter dem schleppenden Tempo und frage sich, wie die Dinge schneller bewegt werden könnten.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, die Barriere in dieser Thematik sei in den letzten 150 Jahren entstanden. Die Gegner in dieser Auseinandersetzung seien ziemlich resistent und es seien relativ schwierige und langwierige Auseinandersetzungen mit dem Kanton. Er könne hier nichts versprechen. Die teilweise historisch bedingten Widerstände seien nicht so einfach zu beseitigen. Die Begleitkommission bestehe aus den Herren Guido Bossard, Hansueli Remund, Raoul Rosenmund und dem Büro Hesse, Schwarze & Partner. Die Stadt Liestal sei durch die Herren Martin Hofer, Jürg Meder und ihn selber vertreten. In dieser Kommission werde intensiv gearbeitet und es komme viel Fachwissen zusammen.

://: Vom Zwischenbericht wird einstimmig Kenntnis genommen.

264 P.1.3. Besoldungen, Entschädigungen, Zulagen

5. Bericht des Stadtrates zur Motion von Pascal Porchet und Andreas Zbinden namens der FDP-Fraktion betreffend zukünftige Organisation und finanzielle Abgeltung der Stadträte (Nr. 02/97)

Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 21. August 2002 mit grossem Mehr die Motion vom 24. Juni 2002 von Pascal Porchet und Andreas Zbinden namens der FDP-Fraktion betreffend zukünftige Organisation und finanzielle Abgeltung der Stadträte als Postulat überwiesen.

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat im wesentlichen die Beibehaltung des geltenden Abgeltungsregimes gemäss Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen vom 19.12.2001 (ESL 142.1 der Erlass-Sammlung der Stadt Liestal). Gleichzeitig schlägt er eine Erhöhung des vorgesehenen Erwerbsersatzes sowie die Einführung eines fixen persönlichen Spesenersatzes vor.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Das Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen vom 19.12.2001 (ESL 142.1) wird folgendermassen revidiert:

§ 3 Abs. 3

Mitglieder des Stadtrates, die zu Gunsten des Mandates ihre berufliche Tätigkeit und dadurch ihr Einkommen um einen CHF 12'000.00 übersteigenden Betrag reduzieren, erhalten einen Erwerbsersatz von höchstens brutto CHF 1'200.00 monatlich. Das Büro des Einwohnerrates entscheidet aufgrund eines Gesuches und einer Bescheinigung des Arbeitgebers bzw. der Unterlagen von selbständig Erwerbenden.

§ 3 Abs. 5 (neu anstelle der bisherigen Regelung)

Der persönliche Spesenersatz für Stadtratsmitglieder beträgt CHF 500.00 monatlich. Damit abgegolten sind sämtliche Sitzungsgelder und Delegationsspesen. Vorbehalten bleiben ausserordentliche Auslagen (Reise-, Verpflegungs- und Unterkunftskosten), welche besonders und mit entsprechenden Belegen geltend gemacht werden können.

2. Das Postulat 02/97 wird als erfüllt abgeschrieben.

Andreas Zbinden (FDP) erklärt, der vorliegende Vorschlag des Stadtrates entspreche der Grundidee des Vorstosses und gehe in die richtige Richtung. Die Kompensationsmöglichkeit bei einem Erwerbsausfall sei richtig. Auch die vorgeschlagene Pauschale sei sinnvoll und praktikabel. Trotzdem wolle seine Fraktion die beantragte Reglementsänderung im Gesamtkontext betrachten und beantrage deshalb die Überweisung des Geschäfts an die Spezialkommission GoR.

Peter Rohrbach (SP) äussert, auch seine Fraktion stimme der aufgezeigten Richtung grundsätzlich zu. Nicht stimmig sei allerdings § 3 Abs. 3. Diese Regelung verlange einen Bittgang ans Büro, was die SP-Fraktion als etwas unwürdig einschätze. Es sei

vernünftiger, klare Bedingungen aufzustellen. Wer diese dann erfülle, habe einen Anspruch auf die Entschädigung und müsse nicht ans Büro gelangen.

Daniel Schwörer (FDP) versichert, die GoR werde diesen Aspekt bei einer Überweisung des Geschäfts prüfen.

Stadtpräsident Marc Lüthi erklärt, der Stadtrat habe sich mit der Vorlage relativ schwer getan im laufenden Prozess des Sparens und Erarbeitens von Sparpotentialen. Der Vorschlag sei aber trotzdem vertretbar, vor allem für Personen mit Einbussen. Die Überweisung an die GoR sei für ihn in Ordnung. Ihm liege als ehemaligem Journalisten noch die Klarstellung am Herzen, dass es nicht, wie in der BZ erwähnt, um Degustations-, sondern um Repräsentationsspesen gehe. Hier sei wohl ein Freudscher Versprecher passiert.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) führt aus, seine Fraktion hätte den Anträgen des Stadtrates zugestimmt. Man sei aber auch mit der Überweisung an die GoR einverstanden. Das Abgeltungssystem sollte einfach und überschaubar sein. Die vorgeschlagene Anpassung werde die Attraktivität des Stadtratsamtes erhöhen.

://: Die Vorlage wird mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen an die Spezialkommission GoR überwiesen.

265 P.1.3. Besoldungen, Entschädigungen, Zulagen

6. Verfahrenspostulat von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion für ein erheblich reduziertes, symbolisches Sitzungsgeld (Nr. 03/148)

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) erklärt, das Büro sei nicht bereit, den Vorstoss entgegen zu nehmen. Der Hauptgrund dafür sei die Ablehnung einer Anwendung des Giesskannenprinzips. Der Umfang des Engagements der einzelnen Ratsmitglieder gehe weit auseinander, so dass eine einheitliche Pauschale für alle nicht richtig sei. Der Rat könne an seiner konstituierenden Sitzung allenfalls über eine Kürzung der Sitzungsgelder befinden, dazu brauche es aber keine Änderung des Geschäftsreglementes. Weiter würde die vorgeschlagene Reduktion die Motivation schmälern und jungen Personen, die z.B. noch im Studium und auf eine Entschädigung angewiesen seien, die Übernahme eines Einwohnerratsmandates verunmöglichen. Zudem seien die aktuellen Sitzungsgelder in Liestal im Vergleich zu den anderen Gemeinden mit Einwohnerräten im Kanton die Niedrigsten. Das Büro lehne deshalb die Übernahme des Verfahrenspostulats ab.

Daniel Schwörer (FDP) äussert, der Rat habe nun die Haltung des Büros gehört, der Gesamtrat beschliesse aber über die Überweisung. Inhaltlich sei die finanzielle Lage Liestals allseits bekannt. Der Rat habe im Juni die Reduktion seiner Mitglieder auf 30 abgelehnt. Die FDP-Fraktion habe aber trotzdem ein Bekenntnis zum Sparwillen ablegen wollen. CHF 44'000.- würden nicht so viel ausmachen, seien aber eine wichtige symbolische Handlung. Es gebe immer weniger Freiwilligenarbeit. Diese aber sei der Inhalt des Verfahrenspostulats. Er sei überzeugt, dass ein symbolischer Betrag für sämtliche Tätigkeiten ein gutes Signal nach aussen sei. Gemeindeparlamente seien nicht die heissgeliebtesten Behörden, dies zeigten die Beteiligungen an den Wahlen. Hier könne nun signalisiert werden, dass es eine Ehre sei, etwas für die Allgemeinheit zu tun und die Interessen der Wählerschaft zu vertreten. Der Begriff "Honorar" beinhalte das Element der Ehre. Dies sollte es für die Ratsmitglieder sein und deshalb sei ein symbolisches Entgelt eine gute Sache. Steuergelder seien knapp und sollten sparsam eingesetzt werden. Für die Abstimmung über die Überweisung stelle seine Fraktion den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) erklärt, es sei sicher eine Ehre, als Mitglied des Einwohnerrates gewählt zu werden. Die Arbeit sei aber auch sehr zeitaufwändig und deshalb sei eine Bezahlung sinnvoll. Man dürfe hier nicht alle über einen Leist schlagen, das Engagement sei sehr unterschiedlich. Persönlich sei sie überzeugt, dass mit dieser Massnahme die Motivation sinke. Junge seien zudem benachteiligt. So sei die Tätigkeit nicht mehr attraktiv. Sie sei aber damit einverstanden, die Höhe der Sitzungsgelder zu reduzieren. Ihre Fraktion stimme der Überweisung des Verfahrenspostulats nicht zu.

Doris Greiner (SP) führt aus, ihre Fraktion schliesse sich dieser Meinung an. Das Giesskannenprinzip sei nicht gut. Zudem brauche es auch für ein Ehrenamt gewisse Selektionskriterien. Einwohnerrat sollte nicht nur werden, wer es sich leisten könne, sondern dieses Amt sollte für alle Interessierten offen sein. Weiter sei das Sitzungsgeld auch heute schon nicht hoch. Zudem entstünden die Hauptkosten des Parlaments nicht durch die Sitzungsgelder, sondern durch die eingereichten Vorstösse,

welche die Verwaltung beschäftigten. Wenn man bei den Sitzungsgeldern zusätzlich sparen wolle, dann so, wie es Elisabeth Augstburger ausgeführt habe.

Ernst Burkhardt (SP) erklärt, dies sei ein typischer Vorstoss von alten Männern. Er selber sei heute pensioniert, habe eine gute Pension, viel Zeit und müsse sich noch mit etwas beschäftigen. Alte Männer würden nicht an die Situation von Frauen und von Jungen denken. Wenn die FDP-Fraktion mit ihrer Liestaler Nationalratskandidatin über Hausfrauenarbeit diskutiert hätten, dann wäre ihnen klar, dass für solche Leute eine Entschädigung sinnvoll sei. Ein symbolisches Honorar sei das Letzte. Man müsse an die Leute denken, die wenig verdienten und trotzdem sich politisch engagieren wollten. Für diese sei die Entschädigung wichtig.

Bernhard Fröhlich (FDP) führt aus, er sei über 50 und gehöre somit zu den Alten. Er sei aber erstaunt, dass die SP einerseits ihren Antrag zur Reduktion der Ratsmitglieder mit Sparargumenten begründet habe und nun doch die Meinung vertrete, dass Demokratie etwas kosten dürfe. Weiter gehe es bei dieser Entscheidung um eine Vorbildfunktion gegenüber der Verwaltung und der Öffentlichkeit. Diese müsse wahrgenommen werden. Einwohnerrat zu sein sei auch eine gemeinnützige Angelegenheit. Viele EinwohnerInnen würden sich an anderen Orten einsetzen und diese würden auch nicht entlohnt. Weiter werde bei der Rekrutierung vor den Wahlen wohl kaum auf das Honorar geschaut. Junge Leute würden nicht aus finanziellen Gründen in die Politik einsteigen.

Franz Kaufmann (SP) betont, man müsse diesen Vorstoss gegenüber dem Dreissiger-Vorschlag abgrenzen. Er habe damals betont, dass es bei einer Verkleinerung des Rats vor allem um eine Anpassung der Strukturen gehe. Diese sei von Jürg Gysin vorgedacht und vom Stadtrat beantragt worden. Das jetzt eingebrachte Verfahrenspostulat habe damit nichts zu tun. Er habe den Verdacht, dass der Rat damals den Besitzstand habe wahren und als Antwort nun bei den Sitzungsgeldern Verzicht signalisiere wolle. Daniel Schwörer habe bei der Ankündigung des Vorstosses schon gesagt, dass wer sich dagegen stelle, dies aus finanziellen Gründen tue. Von einer solchen Politik distanzieren er sich. Für Studenten und Alleinerziehende seien CHF 1'000 oder 1'500.- viel, vor allem wenn sie noch eine Kinderbetreuung haben müssten, um politisch aktiv zu sein. Vor den Ferien hätten Fraktions- und Kommissionspräsidenten über den Umfang der Protokollierung diskutiert und einen guten Ansatz gefunden. Man müsse über die Parteigrenzen hinaus über die Strukturen, z.B. die Kommissionsgrößen, diskutieren. Dies sei sinnvoll, aber hier komme ein Schnellschuss daher, der jeder Vorstellung von Arbeit widerspreche. Die Meinung der SP-Fraktion sei gemacht, der Vorstoss werde abgelehnt.

Doris Greiner (SP) antwortet auf das Votum von Bernhard Fröhlich, sie habe tatsächlich beim Entscheid für den Einwohnerrat zu kandidieren nicht an Geld gedacht, habe sich aber beim Antritt des Mandats entschieden, allenfalls weniger zu arbeiten, um im Rat mitarbeiten zu können. Das Argument sei also berechtigt und man müsse sich nicht schämen, das Entgelt entgegen zu nehmen.

Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler) erklärt, seine Fraktion habe die gleichen Argumente, die schon ausgeführt worden seien und lehne die Überweisung des Verfahrenspostulats ab.

Bernhard Fröhlich (FDP) votiert, es sei nicht verboten, gescheiter zu werden. Die Argumente hätten ihn teilweise überzeugt. Eine Alternative wäre, den Vorschlag des Postulats zu übernehmen, bei Alleinerziehenden, Schülern und Studenten aber weiterhin die Sitzungsgelder auszubezahlen. Allerdings käme auch hier wiederum das Giesskannenprinzip zur Anwendung, das nicht gewünscht werde. Deshalb plädiere er dafür, das Postulat zu überweisen und das Büro Vorschläge unterbreiten zu lassen, die dem Anliegen gerecht würden. Dies wäre ein schöner Kompromiss.

Ernst Burkhardt (SP) bemerkt, auf die Sitzungsgelder könne man durchaus auch freiwillig verzichten, wenn man diese als zu hoch empfinde.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) erinnert an sein Jahresmotto "Sport und Musik" und bittet, die Musik, die eine gewisse Harmonie benötige, nicht zu vergessen.

://: In der namentlichen Abstimmung stimmen für die Überweisung: Hans Brodbeck, Susanne Brodbeck, Bernhard Fröhlich, Adrian Mächler, Stefan Saladin, Peter Schäfer, Daniel Schwörer, Rolf Senn, Werner Spinnler und Andreas Zbinden. Gegen die Überweisung stimmen: Elisabeth Augstburger, Astrid Basler, Marie-Therese Beeler, Doris Bürgin, Ernst Bürgin, Ernst Burkhardt, Paul Finkbeiner, Lukas Flüeler, Peter Furrer, Ernst Gebhard, Doris Greiner, Walter Gudenrath, Jürgen Hänggi, Franz Kaufmann, Orla Oeri-Devereux, Paul Pfaff, Peter Rohrbach, Philipp Senn, Margrit Siegrist, Elisabeth Weber, Werner Weber, Claudio Wyss und Pascal Wyss.

Somit wird das Verfahrenspostulat mit 10 zu 23 Stimmen nicht an das Ratsbüro überwiesen.

266 G.2.C. Gemeindeorganisation und Verwaltung - Vorschriften, Reglemente

7. Bericht des Stadtrates betreffend Gemeindeordnung: Teilrevision - Umsetzung des kantonalen Bildungsgesetzes vom 06.06.2002 hinsichtlich Organisation und Wahl der Behörden (Nr. 03/151)

Daniel Schwörer (FDP) stellt den Antrag, das Geschäft zur Vorberatung an die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) zu überweisen. Diese sei darüber informiert und habe die Behandlung bereits terminiert. Das Geschäft sei dringend, da die Urnenabstimmung spätestens im Januar 2004 erfolgen müsse. Man habe im Vorfeld den Zeitplan durchgerechnet. Der Einwohnerrat müsse beide Lesungen des Geschäfts sogar in einer Sitzung machen. Der Zeitplan sei straff, aber machbar, wenn der Rat das Geschäft heute überweise.

://: Die Vorlage wird einstimmig an die Spezialkommission GoR überwiesen.

267 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

8. Dringliche Interpellation von Werner Spinnler betreffend Legionellen im Wasser der Turnhallen im Rotackerschulhaus (Nr. 03/159)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Letzte Woche sickerte im Rotackerschulhaus durch, das in den Turnhallen ein Problem mit Wasser bestehen würde. Die Schulleitung gab bekannt, dass schon vor einer gewissen Zeit die Altersturngruppe aufgehört habe, nach ihrer Gymnastikstunde zu duschen, da im Wasser Legionellen registriert worden sind. Diese seien für alte Leute gefährlich. Den jungen Menschen machen sie nichts.

Ich bitte den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Seit wann weiss der Stadtrat, resp. das Stadtbauamt, dass in den Turnhallen im Rotackerschulhaus Probleme mit dem Wasser aufgetaucht sind?
2. Wie wurde der Stadtrat, resp. das Stadtbauamt informiert?
3. Wurden kantonale Stellen in die Untersuchungen einbezogen? Welches sind die Ergebnisse dieser Untersuchungen?
4. Wann wurden welche Massnahmen getroffen, um die Probleme zu lösen?
5. Wie wurden die Benutzer und Benutzerinnen (Vereine) der Turnhallen über die Probleme des Wassers informiert?
6. Wie ist der Zustand zum heutigen Zeitpunkt?
7. Welche Lehren zieht der Stadtrat aus diesem Ereignis? Welche Massnahmen werden getroffen, um in anderen Gebäuden der Stadt die gleichen oder ähnliche Probleme mit dem Wasser zu verhindern?

Stadtrat Heiner Karrer erklärt zur Vorgeschichte, er habe in den letzten zwei Tagen viel gelernt über das Problem der Legionellen. Dies seien sehr kleine Mikroorganismen, die sich in anderen einzelligen Mikroorganismen fortpflanzen. Legionellen seien seit 1976 bekannt. Damals habe es bei einem Treffen ehemaliger Soldaten, also Personen mit einem relativ hohen Durchschnittsalter, eine Epidemie gegeben, bei der 35 Personen gestorben seien. Legionellen gebe es im Süsswasser praktisch überall, im Salzwasser nicht. Der vom Bundesamt für Gesundheit festgelegte Grenzwert liege bei 10'000 Keimen pro Liter. Es gebe überall immer wieder Erkrankungen bei immungeschwächten Personen. Legionellen würden nur beim Inhalieren (Duschen, Dampfbäder etc., Belüftungen, Klimaanlage) krankheitserzeugend. Im Winter letzten Jahres habe eine Person im Kantonsspital Liestal die Symptome gehabt, worauf man ihr Umfeld abgeklärt habe. Die Person habe unter anderem an einem Vereinsturnen im Rotackerschulhaus teilgenommen und hier habe man im Duschwasser einen erhöhten Grenzwert festgestellt. Das Ausmass sei aber nicht aussergewöhnlich gewesen. Als erste Massnahme habe man die Leitungen und

Duschköpfe gespült und entkalkt und gedacht, dass der Fall damit erledigt sei. Eine Nachkontrolle nach den Sommerferien habe aber gezeigt, dass die Werte nochmals viel höher (bis 16-facher Grenzwert) waren. Offenbar sei mit der Anlage etwas nicht in Ordnung gewesen. Man habe dann den Grund gefunden. Es sei ein seltsames Mischsystem installiert damit sich Kinder beim Duschen nicht verbrühen könnten. Das Wasser komme mit maximal 42 Grad durchs System. Dies sei die ideale Vermehrungstemperatur für Legionellen. Momentan habe man nun die Beimischung von Kaltwasser abgestellt, so dass nach menschlichem Ermessen das Problem gelöst sein sollte. Von den letzten Proben gebe es jedoch noch keine Testwerte. Zu den Fragen der Interpellation nimmt Stadtrat Heiner Karrer wie folgt Stellung:

1. Die erste Kontrolle fand im Januar 2003 statt. Sie verlief sehr undramatisch und deshalb blieb die Information beim Stadtbauamt.
2. Der Departementschef weiss erst seit gestern Bescheid. Der Bericht des Kantonslabors datiert vom 18. September 2003.
3. Die Untersuchungen werden vom Kanton durchgeführt. Der Entscheid liegt beim Kantonsarzt. Dieser hat nach der zweiten Messung entschieden, die Schule zu informieren.
4. Die Massnahmen wurden bereits bei der Vorgeschichte geschildert, in der ersten Phase Spülen und Entkalken und nun das Trennsystem von warmem und kaltem Wasser.
5. Die Benutzer wurden bisher nicht informiert. Jetzt wurden die Organisationen, die sich mit Altersturnen befassen, instruiert, bis zum Vorliegen der neuen Untersuchungsergebnisse die Duschen nicht zu benutzen. Für Junge Menschen sind Legionellen nicht gefährlich.
6. Dieser ist nicht klar, da die Untersuchungsergebnisse noch nicht vorliegen.
7. Der Stadtrat möchte künftig auch bei geringfügigen Dingen am ersten Tag informiert werden. Weiter werden die Gefährdeten informiert und auch in allen anderen Hallen Proben entnommen, damit eine Kontrolle besteht. Heute fand noch ein Gespräch mit dem Kantonsarzt statt. Dieser teilt die Einschätzung des Stadtrates voll und ganz. Es gilt, das Problem so schnell wie möglich zu lösen, aber es besteht keine Gefahr einer epidemischen Ausweitung. Zudem ist das Wasser für gesunde Jugendliche nicht gefährlich. Der Stadtrat wird aber auf jeden Fall an dem Problem dran bleiben.

Werner Spinnler (FDP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen, erklärt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Werner Spinnler (FDP) erklärt, er habe den Vorstoss lanciert, da es im Rotacker-schulhaus nur Gerüchte gegeben habe und nicht einmal die Hauswarte davon gewusst hätten. Die Information hätte früher erfolgen sollen. Heute habe man nun gehört, dass der Kanton etwas in Liestal veranlasse, wovon die Direktbetroffenen nichts wüssten. Dies ergebe eine Verunsicherung. Die Stadt habe eine Verantwortung, wenn öffentliche Gebäude betroffen seien und müsse Skandale vermeiden. Er

hoffe, dass die Lehren aus diesem Fall in Zukunft greifen und die Zuständigen richtig handeln würden.

Bernhard Fröhlich (FDP) findet positiv, dass nun offen informiert und die Fehler eingestanden worden seien. Es stelle sich aber die generelle Frage der Qualitätssicherung. Seit 1. Januar 2003 gebe es eine Fachstelle für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Diese sei bei der BGV angesiedelt. Man müsse dort einen Input machen, damit Hauswarte über die Problematik informiert und entsprechend geschult würden. Weiter frage er sich, ab wann man alt und gefährdet sei. Im Gitterli würden auch ältere Herren duschen.

Peter Rohrbach (SP) stellt die Zusatzfrage, wie es mit anderem Wasser stehe, z.B. zum Hände waschen und trinken und weiter auch mit den Lieferungen in die Privathaushalte.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, bei der Wasserversorgung habe man bereits Untersuchungen gemacht, dieses Wasser sei bedenkenlos. Das Problem bestehe zwischen Boiler und Duschen und betreffe meist ältere Anlagen und solche, bei denen das Wasser längere Zeit in den Leitungen stehe. Dies habe mit der Versorgung aber nichts zu tun. Legionellen seien ein normaler Bestandteil des Süsswassers, aber in kleiner Konzentration. Weiter sei die Gefährdung nicht präzise mit Altersjahren zu beziffern. Sie sei dort vorhanden, wo das Immunsystem nicht mehr voll funktioniere, also ca. ab Pensionierungsalter. Auch der Grenzwert sei „zufällig“ festgelegt worden.

Er bitte nun darum, nicht von einem Skandal zu reden, auch wenn erst spät informiert worden sei. Im Frühjahr hätten die Werte nur sehr geringfügig über dem Grenzwert gelegen und präventive Massnahmen wären kaum möglich gewesen. Weiter sei das kontaminierte Wasser auch bedenkenlos trinkbar. Es sei ein seltenes Krankheitsbild, dass zu einer Gefährdung führe. Im Internet gebe es breite Informationen dazu. Den Hinweis betreffend Sportplatz Gitterli nehme er entgegen und werde dort ebenfalls Untersuchungen veranlassen.

Somit ist die Interpellation erledigt.

268 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**9. Postulat von Astrid Basler namens der Fraktion
GL/Fraumättler zur Prüfung Ausgestaltung Rathausstrasse
und Zeughausplatz (Nr. 03/150)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Bis vor vielen Jahren gab es immer wieder Vorstösse und Abstimmungen über die Gestaltung der Strassenstücke innerhalb des Stedtli von Liestal. Leider wurden die Vorschläge aber verworfen. Bis heute wurde jedoch nichts mehr unternommen, bis auf das Hinstellen von ein paar Sitzgelegenheiten und Blumentrögen. Immerhin benützen diverse Läden das Trottoir als Angebotsfläche.

Seit Jahren liegt nun einfach alles brach, es geschieht nichts mehr. Während andere vergleichbaren Städte in den letzten Jahren gestalterisch eine Aufwertung erfuhren, sieht Liestal beinahe aus wie vor 50 Jahren. Der Unterschied besteht nur gerade darin, dass in der Rathausstrasse fast keine Autos mehr zirkulieren. Als Parkfläche wird die Altstadt immer noch kräftig genutzt.

Die geplante Begegnungszone in der Altstadt, welche hoffentlich im Jahr 2004 realisiert wird, ist ein Anfang. Die Grüne Fraktion begrüsst die temporeduzierte Zone innerhalb des Altstadtperimeters.

Das gestalterische Bild der Altstadtstrassen wird dabei aber nicht verändert. Unser Ziel ist es, dem Stedtli ein attraktives Bild zu geben. Deshalb sollen unsere Vorschläge in das Investitionsprogramm 2004 bis 2008/10 mit einbezogen werden. Falls im Zeitraum bis 2010 Arbeiten im "Untergrund" des Stedtli anfallen, die eine Belagsentfernung erfordern, sollen Investitionen zur Umgestaltung der Altstadtflächen damit verbunden werden.

Vorschläge:

- Ausebnung der Trottoirs in der gesamten Rathausstrasse ab "Lüdinpark" bis zum Törli
- Nutzung und "Verstellung" dieser Fläche mittels Bänken, auch als Gruppenbänke
- Umgestaltung der Seitengassen mit neuen Aufenthaltsflächen (Sitzinseln)
- Montage von Fahrradständern
- Entfernung des Gitters und eines Teils der Sträucher beim "Lüdinpark"

All diese Elemente müssen so gestellt werden, dass die Strassenfläche nicht mehr aus Trottoir und Fahrbahn besteht. Autos und Lastwagen müssen aber noch zirkulieren können.

Künstlern wird die Strassenfläche als Ausstellungsfläche offeriert.

Ich bitte den Stadtrat Liestal, diesen Vorstoss als Postulat zur Prüfung und Berichterstattung entgegen zu nehmen.

Astrid Basler (GL/Fraumättler) erklärt, das Anliegen zur besseren Gestaltung des Stedtli sei nicht neu. Die Begegnungszone werde nächstes Jahr hoffentlich realisiert. Bei einer frühzeitigen Planung könne man vielleicht im Zeitraum 2008 - 2010 das Thema angehen und das Stedtli verschönern. Deshalb habe sie den Vorstoss eingereicht.

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Paul Finkbeiner

Der Ratsschreiber

Martin Schneider